

Thema: Koban Südvers

Autor: Verena Mitterlechner

Warum sich immer mehr Manager versichern

Vorstände und Aufsichtsräte: Was Managerversicherungen leisten und welche Rolle sie bei Insolvenzen spielen

VON VERENA MITTERLECHNER

WIEN/LINZ. Vor zwei Wochen fand der erste Termin in einem prominenten Zivilrechtsprozess statt: Der Insolvenzverwalter der Signa Holding von Rene Benko klagt, wie berichtet, Ex-Aufsichtsratschef Alfred Gusenbauer. Es geht um umstrittene Beraterhonorare. Außerdem ermittelt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft wegen Untreue. Gusenbauer soll zwei Gesellschaften um zehn Millionen Euro geschädigt haben.

Hier kommen sogenannte „D&O-Versicherungen“ (Directors and Officers) ins Spiel. „Die Nachfrage nach Managerversicherungen ist so groß wie nie“, sagt Georg Aichinger von Koban Südvers, dem drittgrößten Versicherungsmakler in Österreich, der auch einen Standort in Linz hat.

Der Hintergrund: die wirtschaftlichen Herausforderungen gepaart mit internationalen Verwerfungen, die schnelle Entscheidungen erfordern. In unsicheren Zeiten sei es schwieriger, keine Fehler zu machen, die als Pflichtverletzung gewertet werden könnten, sagt Aichinger. „Kein Vorstand möchte mit seinem Privatvermögen für etwaige Schäden haften.“

Zwischen 1000 und 5000 Euro

Wann werden Managerversicherungen relevant? „Immer wenn Geld verloren geht oder in der Bilanz fehlt“, sagt der Versicherungsmakler. Ein Beispiel wäre eine gescheiterte Expansion, bei der die ausländische Tochterfirma mit hohen Verlusten geschlossen werden muss. Hier könnte dem Vorstand vorgeworfen werden, die Marktlage nicht ausreichend geprüft zu haben. Infrage kommen auch Cyberkriminalität oder Betrugsfälle: Gab es zu wenige Compliance-Schulungen oder hatten Hacker Erfolg, weil die IT-Abteilung nicht gut genug ausgerüstet wurde?

Managerversicherungen seien heutzutage keine Luxusversiche-

rungen mehr, sagt Aichinger. Für viele Führungskräfte sind sie zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Bandbreite sei sehr groß: Deckungssummen reichen von einer Million bis hundert Millionen Euro, dementsprechend unterschiedlich fallen auch die Prämien aus. Sie werden von den Unternehmen bezahlt. Laut Aichinger bewegen sich Jahresprämien im Durchschnitt zwischen 1000 und 5000 Euro. Begünstigte der Verträge sind Organe wie Geschäftsführer, Vorstands- oder Aufsichtsratsgremien – Letztere werden als Einheit versichert.

Folgen nach der Insolvenz

Was hat das Unternehmen davon? Bei einem Schaden kann es selbst auf den Versicherungstopf zugreifen, anstatt in einem mühsamen Rechtsstreit zu versuchen, an das Privatvermögen zu kommen. Top-Manager hätten zusätzlich noch eine private Versicherung, sagt Aichinger. 50 Prozent der Versicherungsfälle seien auf Insolvenzen zurückzuführen. Um für die Gläubiger an Geld zu kommen, würden Masseverwalter zunehmend versuchen, auf die D&O-Versicherungssumme zuzugreifen. Dafür muss aber das Fehlverhalten der Geschäftsführung nachgewiesen werden, etwa dass eine Insolvenz zu spät angemeldet wurde.

Ein typischer Fall: Zwei bis drei Jahre nach einer Insolvenz will ein Gläubiger, zum Beispiel die Sozialversicherung, offene Lohnsteuerbeiträge eintreiben und wendet sich dafür an den ehemaligen Geschäftsführer. Die Kosten, um sich gegen die Vorwürfe zivilrechtlich zu wehren, übernimmt die Versicherung. Für Strafverfahren gibt es eigene Versicherungen, die etwa die Kosten für Gutachten oder Reisespesen übernehmen. Üblich ist laut Aichinger eine Nachmelderfrist, damit die Versicherung auch

noch ein paar Jahre nach Ausscheiden aus der Firma gilt.

Nicht genug Geld übrig

Nicht gedeckt ist vorsätzliches Handeln, Kartellstrafen werden nicht bezahlt. Auch für die Versicherungsunternehmen – am österreichischen Markt seien hauptsächlich deutsche präsent – steht bei Schadensmeldungen sehr viel auf dem Spiel: Sie können erst aussteigen, wenn ein Vorsatz oder eine wissentliche Pflichtverletzung rechtskräftig festgestellt ist. Bis dahin müssen die Kosten übernommen werden. Etwaige Rückforderungen seien zwar möglich, aber meistens wenig aussichtsreich, sagt der Versicherungsspezialist. Oft müssten die Beträge abgeschrieben werden.

Für Gläubiger ist am Ende eines solchen Verfahrens dann möglicherweise auch kein Geld mehr übrig. Bei großen Konzernen sind mehrere Versicherer beteiligt, um die hohen Summen abzudecken. So hatte Volkswagen für Vorstand und Aufsichtsrat eine Versicherungssumme über 500 Millionen Euro vereinbart. Sie reichte aber bei weitem nicht aus, um die Schäden des Dieselskandals zu decken, sagt Aichinger. Ähnliches sei auch bei Signa zu erwarten. Die Pleite des Immobilienunternehmens zeigt Auswirkungen: Derzeit hätten es Projektentwickler aus der Branche sehr schwer, Managerversicherungen zu bekommen, sagt Aichinger.



„Kein Vorstand möchte mit seinem Privatvermögen für etwaige Schäden haften.“

■ Georg Aichinger, Versicherungsmakler bei Koban Südvers